Volksnationale und Wirtschaft

* Dresden, 14. Juni

Im Rahmen einer Wahlversammlung der Volksnationalen Reichsvereinigung (in Ostsachsen Liste Nummer 11) sprach gestern abend Verbandsdirektor Hilger darüber, wie das Verhältnis des Staates zur Wirtschaft nach dem Willen der Volksnationalen Reichsvereinigung gestaltet werden soll. Der Vortragende schilderte zunächst ausführlich die große deutsche Wirtschaftsnot und die erschreckende Verlustliste der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren und vor allem Monaten. Er wies sodann darauf hin, daß der parlamentarische Staat und das Parteiensystem sich bisher unfähig zur Bannung der Wirtschaftsnot gezeigt und

nur an den Symptomen herumkuriert

hätten. „Wir haben", erklärte er, „die einzelnen Gruppen der deutschen Wirtschaft sich in den Parlamenten hemmungslos austoben lassen." Wir sahen die Vertreter der Wirtschaft in sich feindlich gegenüberstehende Gruppen verteilt. Unsere Gesetzgebung der letzten zehn Jahre war im ganzen mehr beeinflußt von der Angst vor den Wählerstimmen als wie von der Rücksichtnahme auf Staatswohl und Wirtschaftsgesundung. Wir lösten die Wirtschaftsfragen nicht mit dem Blick auf das Staatsganze und im Einklang mit dem Gesamtwohl, nicht einmal mit Rücksicht auf ihre Dringlichkeit, sondern meist aus Angst vor den hinter den streitenden Wirtschaftsgruppen stehenden Wählerzahlen. Gewiß ist es richtig, daß die Wirtschaft im Staate von ausschlaggebender Bedeutung ist. Aber wir haben vergessen, daß

in jedem Fall der Staat, das heißt das Volk, in seiner Gesamtheit das Primäre ist und sein muß,

dem alles andre, auch die Wirtschaft mit allen ihren Gruppen, sich unterzuordnen hat. Man wird sich endlich klar darüber werden müssen, daß die jetzigen Zustände nicht dadurch gebessert werden können, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in zwei feindlichen Lagern gegenüberstehen, die sich vor allem nicht als wichtige Faktoren der deutschen Wirtschaft betrachten, sondern als erbitterte Gegner." Der Redner verwies dann auf das groteske Bild, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft in einer internationalen Arbeiterfront steht, die ihre wichtigste Aufgabe darin sieht, die Arbeitsbedingungen für alle Völker der Erde gleichzugestalten ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der einzelnen Länder und ihrer Arbeiter. Und auf der andern Seite finden wir die deutschen Industriellen, die (vor allem in Sachsen) in ihrer Mehrzahl in mittleren und kleineren Betrieben Konsumfabrikate herstellen, in gemeinsamer Front mit den von internationalen Kapitalistengruppen beherrschten Riesenkonzernbetrieben ihre vermeintlich gemeinsamen Interessen gegen die übrigen Gruppen der deutschen Wirtschaft zur Geltung bringen. Demgegenüber wies der Redner darauf hin, daß der deutsche Arbeitgeber sowohl wie der deutsche Arbeitnehmer viel mehr gemeinsame Wirtschaftsinteressen haben als der deutsche Industrielle mit dem ausländischen und der deutsche Arbeiter mit seinen Kollegen jenseits der Grenzen. Wirtschaftsverständigung ist nach Ansicht des Redners nur dann möglich, wenn der Staat das Primäre ist und wenn dieser Staat auf der Grundlage der Volksgemeinschaft beruht. Nur dann kann

ein charaktervoller Friede zwischen Kapital und Arbeit

aus dem Zusammenleben beider in der politischen Arbeit erblühen. Darum wollen die Volksnationalen in erster Linie den Staat neugestalten, einen Staat, in dem es für den Bürger zur Selbstverständlichkeit gehört, daß er seine wirtschaftlichen Sonderinteressen dem Staate einzuordnen und unterzuordnen hat. Der Redner ging dann auf einzelne praktische Ziele der Volksnationalen Reichsvereinigung ein, wie z. B. den Einbau eines Selbstverwaltungskörpers der Wirtschaft in den politischen Staatsaufbau, und erklärte: „Wir wollen das Wirtschaftsgezänk und

das Tauziehen um wirtschaftliche Sonderinteressen

aus den Parlamenten herausnehmen, um den politischen Kuhhandel und die überspitzte Verflechtung von Politik und Wirtschaft auf ein beiden bekömmliches Maß zurückzuführen zum Vorteil für die Staatspolitik und nicht minder für die Wirtschaft. Der Reichswirtschaftsrat ist zu einer Wirtschaftskammer, bei gleichzeitigem paritätischem Ausbau bestehender öffentlich-rechtlicher Kammern als Unterbau, auszubauen. Träger sollen die vom Staat anerkannten und geschützten gewerkschaftlichen und ständischen Organisationen sein. Die Wirtschaftsgesetzgebung soll im Zusammenwirken zwischen Reichstag und Wirtschaftskammer durch den Reichstag erfolgen. Die an den Reichstag gelangenden, die Wirtschaft betreffenden Gesetzesvorlagen sollen von den berufenen Vertretern aller Wirtschaftsgruppen bereits vorberaten sein, um bei allen wirtschaftspolitischen Entscheidungen das deutsche wirtschaftliche Gesamtinteresse ausschlaggebend sein zu lassen.

Das Eigentumsrecht und das freie Spiel der Kräfte innerhalb der Wirtschaft bejahen auch wir.

Wir anerkennen demzufolge den Wert der Persönlichkeit in der Wirtschaft, an welchem Platze in ihr er immer stehe. Wir anerkennen das Recht auf Eigentum, stehen aber auf dem Standpunkt, daß Besitz verpflichtet. Die Anerkennung des Eigentumsrechtes bedingt den Schutz des Besitzes. Der Schutz des Besitzes ist im Obrigkeitsstaate allein durch staatliche Machtmittel möglich und muß immer unvollkommen sein, weil die größere Zahl der Nichtbesitzenden, veranlaßt durch Besitzegoismus, zur Besitzfeindlichkeit neigt. Wirksamer Schutz des Besitzes ist nur gewährleistet, wenn allen Staatsbürgern der Schutz des Besitzes Selbstverständlichkeit ist, aus der Erkenntnis herausgewachsen, daß

jeder Besitz Teil des Nationalvermögens ist,

und erst in zweiter Linie an die Besitzer gebunden, die im Vergehen und Kommen der Generationen wechseln.

Eigentumsrecht und freies Spiel der Kräfte finden ihre Grenze in den Rechten der Volksgesamtheit. Die sich als notwendig ergebende Eingliederung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft legt dem Staate die Pflicht auf, die bodenständige nationalbedingte Wirtschaft vor den Machtgelüsten der Weltplutokratie zu schützen. In Verbindung mit den

Selbsthilfeorganisationen berufsständiger Art

hat der Staat Schutzmaßnahmen, insbesondere für die deutsche Landwirtschaft und den Mittelstand in Handel und Gewerbe, zu treffen. Die Kapitalbildung aus dem Volke heraus muß gesichert werden. Dazu gehört eine gerechte, den Bedürfnissen der Wirtschaft, aber auch den Lebensbedürfnissen der Arbeitnehmerschaft entsprechende Einkommengestaltung."

1900 Eisenbahner werden entlassen

Weitere Verhandlungen mit den Gewerkschaften

B. Berlin, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Die Reichsbahngesellschaft hat sich genötigt gesehen, in Anbetracht des starken Verkehrsrückganges mit den Gewerkschaften über Einschränkungsmaßnahmen, Entlassungen von Arbeitern und Einlegung von Feierschichten zu verhandeln. Die Hauptverwaltung hat die Entlassung von 1900 Arbeitern für unvermeidbar erklärt. 2100 Arbeiter, denen ebenfalls gekündigt werden müßte, sollen durch Einlegung von Feierschichten weiterbeschäftigt werden.

Zur Begründung dieses Schrittes ist geltend gemacht worden, daß der Verlust an Einnahmen durch die bisher bewilligte Tariferhöhung, die einen Mehrertrag von nur 45 Millionen sichert, nicht wettgemacht werden könne. Ob die Regierung aber der gesamten Tariferhöhung, die etwa 200 Millionen Mark aufbringen soll, zustimmen werde, müsse nach den jüngsten Aeußerungen des Finanzministers fraglich erscheinen. Von Gewerkschaftsseite wurde dagegen geltend gemacht, daß die geplanten Maßnahmen zu umgehen seien, wenn die generelle Ueberarbeitszeit abgeschafft würde. Diese Forderung lehnte die Reichsbahndirektion ab. Da die Gewerkschaften auf ihrem Standpunkt beharrten und dem Vorschlag der Reichsbahn entschieden widersprachen, kam es zu keiner Verständigung. Es soll indes heute weiterverhandelt werden.

Der Preis- und Lohnabbau

Starke Annäherung erzielt

× Berlin, 14. Juni

Der Reichsverband der Deutschen Industrie gibt folgende Mitteilung über die Besprechungen zum Preis- und Lohnabbau:

„Die Vertreter der Spitzengewerkschaften, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände haben in den Besprechungen der letzten Wochen, ausgehend von der schweren Krisis der Wirtschaft und insbesondere der hohen Zahl der Arbeitslosen, die Fragen der dauernden Sanierung unserer öffentlichen Finanzen, der Selbstkostengestaltung der Wirtschaft, der Preisbildung und der Möglichkeiten der Hebung des Absatzes, damit der Produktion und der Wiedereinstellung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß behandelt. Ungeachtet der selbstverständlichen Verschiedenheit der Standpunkte sind sie zu der Ueberzeugung gekommen, daß weitere Besprechungen der einzelnen praktischen Fragen zu einer Verständigung über positive Maßnahmen zu nützlichen Ergebnissen für unser Volk führen können. Die Besprechungen werden fortgesetzt."

Brüning hofft auf einen gefügigen Reichstag

Gefährliches Spiel mit Neuwahlen — Die völlig ungenügende Ausgabensenkung

Das Reichskabinett hat sich gestern, wie kaum anders zu erwarten war, mit dem Reichsfinanzminister solidarisch erklärt und, wie es in der anschließend wiedergegebenen amtlichen Mitteilung heißt, einmütig der Begründung zugestimmt, die Dr. Moldenhauer seinem Finanzprogramm gab. Es fehlten in der Sitzung allerdings der volkskonservative Minister für die besetzten Gebiete, Treviranus, und der demokratische Landwirtschaftsminister, Dietrich, der sich noch zur Kur in Marienbad aufhält.

Der Proteststurm der letzten Tage und die Ablehnung der Vorschläge Moldenhauers durch die Instanzen verschiedener Regierungsparteien und durch prominente Parlamentarier, wie z. B. Dr. Külz, hat das Kabinett also nicht zu einer Aenderung seiner Haltung bestimmt. Es hat nicht den geringsten Versuch unternommen, sein Programm unter Berücksichtigung der in der Oeffentlichkeit geübten scharfen Kritik zu revidieren, sondern die Deckungsvorlagen in der Fassung verabschiedet, die sie nach der redaktionellen Ueberarbeitung durch die beteiligten Ressorts erhalten haben.

Das Kernstück, insbesondere die sogenannte „Reichshilfe", ist in der bisherigen rigorosen Form stehengeblieben. Das Kabinett weiß zur Rechtfertigung dieser in ihrer jetzigen Form außerordentlich ungerechten Sondersteuer auch den Taschen der Wehrlosesten im Volke nur anzuführen, daß es einen andern Weg, die erforderlichen Mittel zur Beseitigung des Defizits aufzubringen, eben nicht gebe. Gegen diese fatalistische Auffassung (sah man je einen ideenloseren Finanzminister?) wird man nach wie vor entschiedensten Widerspruch erheben müssen, vor allem deswegen, weil die Regierung auch in ihrer neuen Mitteilung an die Oeffentlichkeit wieder den Beweis dafür schuldig bleibt, daß von der Ausgabenseite her alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Es bleibt nur zu hoffen, daß der Reichstag da, wo die Regierung die notwendige Energie vermissen läßt, eingreift und zwischen zweiter und dritter Lesung den Etat noch einer gründlichen Durchsicht unterzieht.

Das eigentlich Bemerkenswerte an der amtlichen Mitteilung, die ja im Grunde absolut nichts Neues enthält, ist nicht nur die Zusammenfassung sämtlicher Steuergesetze, sondern auch der Vorlagen über die Arbeitslosenversicherung, die Osthilfe, die Ausgabensenkung und die Krankenversicherung zu einem einheitlichen Ganzen. Damit wird jenes „Junktim" (hoffentlich verschwindet dieses gräßliche Modewort recht bald wieder aus der parlamentarischen Sprache) hergestellt, das nach Ansicht der Regierung kein künstliches, sondern ein zwangsläufiges und natürliches ist. Man will also den Versuch erneuern, ähnlich wie es vor Ostern geschah, auch diesmal wieder einen Teil der Opposition zur Hilfeleistung zu zwingen.

Der Reichstag soll vor die Wahl gestellt werden: Annahme der Deckungsvorlagen oder Auflösung und Durchführung der Vorlagen mit dem Artikel 48. Wie sich die Regierung freilich eine Reichstagswahl etwa Ende August mit der Parole „Für das Notopfer!" vorstellt, ist unverständlich. Der Radikalismus zur Rechten und Linken würde zweifellos der einzige Nutznießer einer solchen Situation sein. Kommunisten und Nationalsozialisten sind bereit, die Massen der Ueberläufer aus den bürgerlichen Parteien aufzunehmen. Dies Spiel mit Neuwahlen zeigt ebenso wie der letzte Steuervorschlag, daß somit jeder tüchtigen Fachmännern in Deutschland allzu oft jedes psychologische Verständnis fehlt, ohne das Politik nicht zu machen ist. Der gleiche Fehler ließ uns den Krieg verlieren. Ludendorff sah nur noch „Ziffern", die durch „Auskämmung" der letzten Heeresbestände zusammengestellt werden könnten, Moldenhauer sieht nur Steuerquellen und steuerbare Einkommensträger, und beide vergaßen, daß sie es mit Menschen aus Fleisch und Blut zu tun haben.

Daß der Ausgleich im Etat erfolgen muß, wird kein vernünftiger Mensch der Regierung abstreiten. Der Hinweis, daß sonst eine Aufnahme von Krediten und Anleihen nicht möglich ist, ist sicher ernst genug zu veranschlagen. Das Communiqué, das ja im wesentlichen einen Auszug aus der Begründung des Finanzprogramms darstellt, vermag aber keineswegs davon zu überzeugen, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen den Ausfluß letzter Weisheit darstellen. Die „große Verwaltungsreform" wird wieder einmal auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Auch das Ausgabensenkungsgesetz soll auf die lange Bank geschoben werden. Ueber diesen Entwurf, der bisher nur in großen Umrissen bekanntgeworden ist, enthält die amtliche Mitteilung keinerlei nähere Andeutung als die, daß die Minister auf 20 Prozent ihrer Repräsentationsgelder verzichten wollen. Es handelt sich dabei um Summen, die

Bezirksverbände und Finanzausgleich

* Dresden, 14. Juni

Die sächsische Regierung hat bekanntlich erklärt, daß sie davon absehen will, eine Neuregelung des Landesfinanzausgleichs im Wege der Notverordnung durchzuführen. Der Vorstand des Verbandes der sächsischen Bezirksverbände hat sich in seiner letzten Sitzung, im bewußten Gegensatz zu der vom Sächsischen Gemeindetag bisher eingenommenen Stellung, auf den Standpunkt gestellt, daß diese Neuregelung bei der sich immer mehr verschlechternden Finanzlage der Bezirksgemeinden und Bezirksverbände dringend und unaufschiebbar ist und daß damit die Voraussetzungen für den Erlaß einer Notverordnung gegeben sind. Der Vorstand hat die Regierung daher gebeten, in eine anderweite Prüfung der Angelegenheit einzutreten.

Weiter hat der Vorstand eine Entschließung angenommen, in der er die sächsische Regierung bittet, im Hinblick darauf, daß sich die Finanzlage der Bezirksgemeinden und Bezirksverbände durch die hohen Lasten der Krisen- und Ausgesteuertenfürsorge zusehends weiter verschlimmert, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß die auch vom Vorstande der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geforderte zeitliche und personelle Ausdehnung der Krisenfürsorge und die Uebernahme des sogenannten Gemeindefünftels auf das Reich zur Verhütung des Zusammenbruchs der Gemeinden und Bezirksverbände beschleunigt, und zwar mit Wirkung vom 1. April 1930, durchgeführt wird.

Altsozialisten und Volksnationale

* Dresden, 14. Juni

Die Altsozialistische Partei hielt eine Wahlversammlung im Volkshaus ab, in der der frühere Ministerpräsident Heldt sprach. Er wies darauf hin, daß Sachsen in vier Jahren das siebente Mal wählen muß, dreimal davon den Landtag. Das sei nicht der Sinn der demokratischen Verfassung. Der Landtag, dessen Niveau unter den dauernden Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten auf eine vorher nie gekannte Tiefe herabgesunken sei, sei durchaus arbeitsfähig, seine Auflösung ein Verbrechen an der sächsischen Arbeiterschaft gewesen. Sozialdemokraten und Volksparteitrügen die gleiche Schuld daran, daß keine Regierung zustande gekommen sei. Sie hätten beide nicht gewollt. Heldt trat dann für eine Große Koalition ein und erklärte, es sei unerfindlich, wie Mahraun in Chemnitz habe sagen können, daß keine Partei im sächsischen Landtag den Gedanken der Volksgemeinschaft vertreten habe. Sein Programm decke sich wörtlich mit dem der A. S. P., und er hätte seinen Leuten nur zu empfehlen brauchen, sich der A. S. P. anzuschließen, um seine Ziele zu erreichen.

Sonntag in der Großstadt

Von Heinrich Zerkaulen

Den frühen Morgen faßt ein Wundern an:
Die Stadt sieht aus, als wollt sie wandern gehn.
Wie einer, der es nicht erwarten kann
Hinauszukommen, wo die Birken stehn.

Die kleinen süßen Birken. Aufmarschiert
In Reih und Glied und ängstlich abgewehrt,
Daß eins von ihnen nicht den Halt verliert,
Wenn so der Wind durch alle Glieder fährt.

Der Frühlingswind, der ohne Hemmung braust,
Der jetzt sogar die Häuser zittern macht,
Bis es dem Stein und Eisen heimlich graust —
Doch er dreht bei und schüttelt sich und lacht.

Ein Fenster nur ist aufgesprungen weit,
Ein Mensch wie du hat sich hinausgelehnt,
Er sieht die Welt voll neuer Heiterkeit,
Fühlt neu die Luft, die ihm das Herz zerdehnt.

= **Paul Brendler**, früher Organist an der Katholischen Hofkirche, ist im Alter von 80 Jahren verschieden. Seit 1919 lebte er im Ruhestand. Die jüngere Generation der Dresdner Musikfreunde kennt ihn kaum. Aber die Zeitgenossen der Aera Schuch wissen, daß Brendler als Korrepetitor an der Dresdner Oper begonnen hat. Später widmete er sich dem Dienst der Kirchenmusik. Man wird dem feinen Musiker, dem liebenswürdigen, überall geschätzten Menschen ehrendes Gedenken bewahren.

= **Ehrung Walter v. Molos.** Aus Danzig wird gemeldet: Die Technische Hochschule in Danzig hat den Präsidenten der Preußischen Dichterakademie, Walter v. Molo, in Anerkennung seiner großen Verdienste um den deutschen Osten zum Ehrenbürger ernannt.

= **Ausstellung Dresdner Kunst 1930, Brühlsche Terrasse.** Für die kürzlich eröffnete Ausstellung ist ein Katalog mit 40 Abbildungen herausgegeben worden. Die Ausstellung ist geöffnet von 9 bis 6 Uhr; Sonntags von ½11 bis 2 Uhr.

Das ästhetische Glaubensbekenntnis von Goethes und Schillers Hochklassizismus

Von Geheimrat Professor Dr. Oskar Walzel (Bonn)

In der Hauptversammlung der Goethe-Gesellschaft, die jetzt in Weimar inat, hält heute Sonnabend Oskar Walzel den Festvortrag, dessen Leitgedanken wir hier wiedergeben. D. Red.

Auf der Höhe ihres Schaffens formen Goethe und Schiller ihre Werke nach dem Bild, das sie sich von griechischer Kunst gemacht haben. Winckelmanns Wort von der edlen Einfalt und stillen Größe der alten Griechen weist ihnen dabei den Weg. Von zwei Seiten wurde im 19. Jahrhundert dies Bild als falsch bezeichnet. Wilamowitz spricht von einer Umdeutung der Antike ins Aufklärerhafte. Jakob Burckhardt macht den deutschen Klassizismus verantwortlich für den Wahn, das Leben der Griechen sei eitel Heiterkeit gewesen. Der große Philologe trifft mit dem großen Kunsthistoriker überein, soweit beide dem echten Griechentum von einst eine viel größere Schwingungsweite zubilligen. Nietzsche nahm den Kampf Burckhardts gegen den Begriff griechischer „Heiterkeit" auf und führte ihn aus eigenen Mitteln weiter. Gegenfühler wie Nietzsche und Wilamowitz rücken mithin einander nahe, soweit dem 18. Jahrhundert nachgewiesen werden soll, es habe die griechische Antike mißverstanden.

Burckhardt leitet die Irrlehre von der „Heiterkeit" der Griechen auf Schiller zurück und nennt ausdrücklich die „Götter Griechenlands". Hätte er diesen Hymnus auf die Mythologie der Griechen genauer nachgeprüft, ihm wäre aufgegangen, daß hier nur die Heiterkeit des Olymps und nicht die Heiterkeit im Leben der Griechen dargestellt werd. „Hyperions Schicksalslied" von Hölderlin hatte, als es das Unselige des Menschendaseins dem sorglosen Glück der Griechengötter entgegenstellte, so wenig wie das Parzenlied der „Iphigenie" Goethes etwas zu sagen, was dem Dichter der Strophenreihe „Das Ideal und das Leben" fremd gewesen wäre. Richtiger als Burckhardt erkannte Nietzsche die eigentlichen Erfinder der griechischen „Heiterkeit" in den Philologen des 19. Jahrhunderts.

Gegen diese Philologen spielt Nietzsches Schrift „Die Geburt der Tragödie" den dionysischen Griechen aus. Freilich kann sie feststellen, daß auch die deutschen Klassiker den Griechen gern bloß apollinisch sahen. Was in dieser Schrift Nietzsche vom Dionysischen des Griechen verkündet hat, weckte daher nicht mit Unrecht den Eindruck, dem späteren 19. Jahrhundert sei hier eine ganz neue, mit dem deutschen Klassizismus unvereinbare Vorstellung vom Griechentum aufgegangen. Ruhte etwa auch auf dieser Tatsache die Abkehr von der Antike, die mehr und mehr sich durchsetzte und zuletzt die Antike den Menschen ebenso fremd machte, wie sie ihnen einst, und nicht am wenigsten im Zeitalter des deutschen Klassizismus, lieb und vertraut gewesen war?

Die Ursache solcher Abkehr lag vielmehr an andrer Stelle. Das 19. Jahrhundert setzte fortschreitend Kunst und Leben einander immer mehr gleich und gab im Gegensatz zu Goethe und Schiller auf, in der Kunst das Leben überwinden zu wollen. Falsch wäre die Ansicht, daß auch Nietzsches „Geburt der Tragödie" solche Wandlung befürwortet habe. Sein dionysischer Mensch wird durch Dichtung dem Leben nicht nähergerückt als der apollinische. Beiden ist die Kunst nur ein Mittel, das Leben zu fliehen, die grauenvollen Tiefen des Daseins zu überbrücken, ihre Schrecken zu vergessen. In Nietzsches Gleichnisrede rettet sich der apollinische Mensch vor dem Leben durch den Traum, der dionysische durch den Rausch. Mag Nietzsche dem Dionysischen mehr Bejahung des Lebens zugestanden haben, in der „Geburt der Tragödie" verharrt er noch zu unbedingt auf dem Boden Schopenhauers, als daß er nicht Kunst als ein Mittel, das Leben zu überwinden, gefaßt und damit Trennung von Kunst und Leben befürwortet hätte. Schopenhauer nennt ja Kunst ein wichtiges Mittel, über den Lebenswillen zu siegen. Er beruft sich dabei auf Annahmen, die dem deutschen Klassizismus ganz geläufig waren. Er spricht von „völlig uninteressierter Betrachtung" und übernimmt mit diesem Ausdruck eine Gedankenreihe, deren wichtigster Gewährsmann Kant, deren unbedingtester Verfechter Schiller war. (Mendelssohn hatte sie schon erwogen.) Kant schied alles „Interesse", d. h. alle Beziehung auf unser Begehrungsvermögen, aus dem Wohlgefallen am Schönen aus. Schiller bekannte sich zu dieser Ueberzeugung, am ausdrücklichsten in der zweiten Strophe des Gedichts „Das Ideal und das Leben". Auf solchem uninteressierten Wohlgefallen am Schönen ruht die Grundvorstellung von Schillers Aesthetik, daß Kunst nicht Wirklichkeit, sondern nur Schein schaffe, daß sie bloßes „Spiel" sei. So begründet Schiller seine Ueberzeugung, daß **neben das reale Leben als Gegenstück die Idealität der Kunst zu treten habe.** (Die ganze alte Lehre von dem Ideal, das durch die Kunst gestaltet wird, gewinnt durch Schiller eine neue Fassung.) Er folgert, daß Kunst nie ganz vergessen lassen solle, wie sehr sie nur Kunst und nicht Wirklichkeit biete. Wohl das kühnste Wagnis Schillers, dies kunstmäßige der Kunst allen fühlbar zu machen, war der Chor der „Braut von Messina". Ihn zu rechtfertigen, entwickelte Schiller wesentlich, was schon in den Briefen „Ueber ästhetische Erziehung" angedeutet war, den Gedanken einer Kunst, die nur als Kunst empfunden sein will, gerade weil sie das Leben überwinden, weil sie den Menschen von dem Ueberschweren des Lebens erlösen möchte. Auf diese Auseinandersetzung Schillers aber beruft sich Nietzsche in der Schrift über die „Geburt der Tragödie". Klarer konnte Nietzsche nicht dartun, wie eng er — wenigstens in dem Augenblick, der seine Entgegenstellung des Apollinischen und des Dionysischen zeitigte — mit der Weltschau Schillers sich berührte.

Und mit der Auffassungsweise Goethes. Ehe Goethe zur Erkenntnis kam, daß Schiller in allem Wesentlichen über Kunst und Dichtung ganz so dachte wie er selbst, ehe er sich daran gewöhnte, Schillers Kunstbegriffe wie etwas Selbstverständliches für seine eigenen Zwecke zu nutzen, hatte er schon die Grenze zwischen Kunst und Leben bestimmt. Konnte doch Schiller seinerseits sich auf Goethe stützen, als er von dem Scheinhaften der Kunst sprach. Goethe zog nur Linien weiter, die er selbst, aber auch Schiller, schon längst zu ziehen begonnen hatte, als er im Alter das Eigenrecht der Kunst und ihre eigene, vom Leben unabhängige Gesetzlichkeit verfocht. Die Ueberzeugung, daß rechtes Wohlgefallen am Schönen interesselos sein müsse, daß — mit Schiller zu reden — der Mensch sich angesichts des Schönen nur am Scheine weiden, nicht indes des Genusses Freuden begehren dürfe, verdichtet sich in Goethes Hand zuletzt zu dem Spiel, das mit goldgierigem Volk in der Mummenschanz des „Faust" Plutus-Faust und Geiz-Mephisto treiben. Der Knab, Lenker, die Verführung der Poesie, wirkt der Menge Scheingeschenke. Sie hascht nach ihnen, und all das Goldgleißende wandelt sich in Wertloses. „Wie doch der Schein so viel verheißt — Und nur verleiht, was golden gleißt!" jammert der Herold. Die Menge verkennt den Sinn der Poesie, indem sie an deren Gaben zu viel Gefallen hat.

Ein großer und hoher Kulturgedanke liegt in